

Medienmitteilung vom 12.11.2019

Nach gescheiterter KESB-Initiative gehen KESB-Betroffene nach Bern

Pünktlich zum offiziellen Ende der KESB-Initiative "Eigenständiges Handeln in Familien und Unternehmen" organisiert die KESV ein Treffen mit dem Bundesamt für Justiz. Beim Treffen geht es um die systemischen Fehler in den Prozessabläufen der KESB und die daraus resultierenden Geschädigten.

Aus Sicht der KESV hat das dunkle Kapitel niemals geendet und hat sich mit der Einführung der KESB sogar noch verfestigt. Heute werden Kinder mit superprovisorischen Entscheiden, also ohne Anhörung der Beteiligten und ohne akuter Kindswohlfährdung, aus Familien gerissen. Beschwerden wird die aufschiebende Wirkung entzogen, womit der Betroffene mit dem behördlichen Entscheid auf einen Schlag alles verliert.

Das sind alles Werkzeuge, die einen Menschen völlig entrechten und in eine ausserordentlich schwierige, ja sogar lebensbedrohliche Lage bringen. Die KESV spricht von struktureller Gewalt. Menschen werden traumatisiert, arbeitsunfähig gemacht und so ganze Existenzen und Familien zerstört. Also nicht anders wie bis 1981.

Die KESV, ab bestehen der KESB, eine Organisation der ersten Stunde, wird am 15.11.2019 ihre aus den letzten Jahren gesammelten Erkenntnisse dem Bundesamt für Justiz übermitteln. Diese sollen der Arbeitsgruppe dazu dienen die notwendigen Korrekturen in den Arbeitsabläufe der KESB zu revidieren. Wie dies zu bewerkstelligen ist und wie dem Betroffenen während der Zeit der Umstrukturierung Rechnung getragen werden kann, wird Inhalt des gemeinsamen Gesprächs. Um während der Zeit der Umstrukturierung weitere Opfer struktureller Gewalt zu verhindern, möchte die KESV für die Betroffenen ein VETO ausstellen.

Ein erstes VETO der KESV wurde bereits am 24. Mai 2019 bei der Bundeskanzlei, dem Bundesamt für Justiz und dem Regierungsrat Basel-Stadt eingereicht. Die BAZ berichtete am 22. August 2019 über den besagten Basler KESB Fall. <https://www.bazonline.ch/basel/stadt/mutter-floh-vor-kesb-basel-ins-ausland/story/25560610>

Näheres dazu auch im folgendem Interview: <https://www.youtube.com/watch?v=XNbvqkRcayI>

Und ein Einblick in die heutigen bestehenden Mängel im Interview vom 01. November 2019 mit Daniel Wahl: <https://www.bazonline.ch/basel/stadt/wir-konnten-viel-uebles-verhindern/story/11892820>

KESB Betroffene sind aufgerufen sich am 15.11.2019 um 15:30 auf dem Vorplatz des Bundesamtes für Justiz in Bern zusammen zu finden.

Kontakt und weitere Auskünfte:

Jasminka Brcina,
Präsidentin KESV

076 44 66 445
info@kesv.ch

www.kesv.ch